

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/23

3. Februar 1971

Ohne jede Alternative

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung  
und die Opposition

Von Konrad Forzner SPD-MdB  
Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses  
des Bundestages

Seite 1 / 46 Zeilen

Dafür und dagegen zugleich

Die Union der gespaltenen Zunge

Von Lothar Löffler SPD-MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Er-  
nährung, Landwirtschaft und Forsten

Seite 2 / 34 Zeilen

Werk der sozialliberalen Koalition

Wohngeld hilft besonders den Einpersonen-  
Rentnerhaushalten

Von Hedwig Neermann SPD-MdB  
Stellv. Vorsitzende des Bundestagsausschusses  
für Städtebau und Wohnungswesen

Seite 3 / 42 Zeilen

Anzeichen der Ungeduld

Zu einer DGB Broschüre über Mitbestimmung

Seite 4 / 47 Zeilen

Minireform bringt maximalen Ärger

Fakten zur Landesplanung der bayerischen CSU

Von Dr. Helmut Rothemann MdB  
Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD

Seite 5 und 6 / 95 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5200 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9163  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 888 846/836 847/  
866 848 PPP D

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

### Ohne jede Alternative

---

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und die Opposition

Von Konrad Fokner SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundestages

Die Debatte im Bundestag über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verlief wie alle Aussprachen zu außen- oder innenpolitischen Themen seit der Regierungsbildung im Herbst 1969: CDU und CSU sind dagegen. Ihre Redner machen nicht den geringsten Versuch, ihr geradezu körperliches Unbehagen gegenüber einer Regierung zu verbergen, der sie selbst nicht angehören. Ihnen paßt die ganze Richtung nicht.

So wie die Opposition in der Außen- und Deutschlandpolitik keine konkrete Alternative zur Regierung anbietet und alles in der Schwebe halten will, die Unsicherheit verlängern will, um dem Irrationalen und Emotionalen mehr Resonanz zu verschaffen, woyon sie sich parteiliche Vorteile verspricht, so spielen CDU und CSU auch in der Wirtschaftspolitik mit der Angst der Bürger um die wirtschaftliche Zukunft, wobei sie dieses Verhalten als Sorge um die Zukunft bemäntelt.

Wer sich um die künftige Wirtschaftsentwicklung wirklich Sorgen macht, muß sagen, was geschehen soll. Die CDU/CSU-Opposition hat gestern nicht einen einzigen konkreten Vorschlag zur Wirtschaftspolitik gemacht. Stoltenberg hat sich zwar aufgepustet, damit er bis hin zur Ostseeküste sichtbar sei, wo Landtagswahlen bevorstehen, aber über die Wirtschaftspolitik für das Jahr 1971 schwieg er sich aus.

Die Redner der Opposition hatten zwar Kritik an der Regierung geübt, aber peinlich vermieden, konkrete Hinweise zu geben, welche Orientierungsdaten der Bundesregierung geändert werden müßten. Sie beschäftigten sich mit der Vergangenheit, auf die Zukunft verschwanden sie jedoch nicht einen einzigen Gedanken. Die CDU/CSU hat weder eine wirtschaftspolitische Konzeption noch einen Wirtschaftspolitiker. Die Debatte war ein erneuter Beweis dafür.

Die Sozialdemokratische Partei steht nun im 5. Jahr der Regierungsverantwortung. Seit 1966 ist Prof. Schiller für die Wirtschaftspolitik verantwortlich. Seitdem erlebte die Wirtschaft der Bundesrepublik einen ungeahnten Aufschwung. Das Sozialprodukt ist um 38 vH. gestiegen, die Löhne und Gehälter je Stunde um 36 vH., in der Industrie um 44 vH., die Renten wurden um 41 vH. erhöht, Unternehmensinkommen und Investitionen sind kräftig gewachsen, und die Position der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt ist so stark wie eh und je, die Preissteigerungen in der Bundesrepublik liegen am unteren Ende der internationalen Skala. In der Welt wird die Bundesrepublik darum beneidet. Dies alles sind Beweise einer soliden wirtschaftlichen und politischen Leistung und nicht Zeichen einer Krise.

Es geht jetzt darum, das Erreichte zu erhalten und auf hohem Niveau weiteres Wachstum bei Wahrung und Stabilität zu ermöglichen. Darauf ist die Politik der Bundesregierung gerichtet. Auf den Beitrag der Opposition haben wir vergeblich gewartet.

(-/ex/3.2.1971/ks)

Dafür und dagegen zugleich

Die Union der gespaltenen Zunge.

Von Lothar Löffler SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft  
und Forsten

Am 28. Januar hat sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Barzel vor dem Plenum des Deutschen Bundestages an Kanzler Brandt gewandt und erklärt: "Wir haben es hier sehr ungern bemerkt, daß Ihre Worte zur Europapolitik immer noch dünner werden".

Er beendete diese Passage emphatisch, fast theatralisch, mit der Frage: "Glauben Sie nicht mit uns, daß in Paris eine Schwächung europäischer, gemeinsam eingenommener Positionen passiert ist?"

Das Protokoll verzeichnet Beifall bei der CDU/CSU.

Wenige Tage zuvor hat der CDU-Fraktionsvorsitzende in Schleswig-Holstein, Herr Lausen, vor der Parlamentspressekonferenz in Kiel gefordert, die starre Bindung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise an den "Grünen Dollar" müsse bis zur Verwirklichung der gemeinsamen Währungsunion ausgesetzt und durch ein Grenzausgleichssystem innerhalb der Gemeinschaft ersetzt werden.

Zwei unterschiedliche Positionen. Der eine will gegenwärtig mehr Europa, der andere weniger. Das kann im politischen Leben schon mal vorkommen. Das ist völlig legitim.

Nur haben beide Herren etwas gemeinsam, was ihre Aussagen in das Zwielicht reiner taktischer Erwägungen bringt. Beide Herren sind Fraktionsvorsitzende, der eine in Bonn, der andere in Kiel, und beide gehören sie der CDU an.

Damit hat die CDU wieder einmal das Kunststück fertig gebracht, dafür und dagegen zugleich zu sein. Es könnte natürlich auch sein, daß sie den Fortschritt in der europäischen Integration durch den Rückschritt erreichen will, den die Aufhebung der gemeinsamen Agrarpreise zweifelsohne darstellt.

Nur muß man es dann sagen, klar und deutlich, für alle vernehmbar. Bisher ist das nicht geschehen. Deshalb bleibt nur eine Interpretation übrig: Die Union redet mit gespaltenen Zunge - ganz wie es die besondere politische Situation erfordert. Davon verspricht sie sich offenbar Erfolg. Aber diese Rechnung wird nicht aufgehen - auch nicht bei den Bauern, weil ein entscheidender Faktor fehlt: die Glaubwürdigkeit.

(-/ex/3.2.1971/ks)

Werk der sozialliberalen Koalition

---

Wohngeld hilft besonders den Einzelpersonen-Rentnerhaushalten

Von Hedwig Meermann SPD-MdB

Stellv. Vorsitzende des Bundestagsausschusses für  
Städtebau und Wohnungswesen

Nach dem neuesten Stand der Wohngeldstatistik sind unter den Mietzuschußempfängern 52 vH. Alleinstehende, das sind 5,5 vH. mehr als Ende 1969. Die meisten von ihnen sind Rentner und Unterhalts-  
hilfeempfänger.

Nicht alle konnten bis zum 31.12.1970 das volle Wohngeld erhalten, denn gerade die Alleinstehenden wurden von den verschiedenen Begrenzungen des bis dahin geltenden Wohngeldgesetzes 1965 besonders betroffen. Seit dem 1. Januar 1971 ist das anders. An diesem Tag ist das II. Wohngeldgesetz in Kraft getreten, das eine andere Berechnungsmethode hat und für alle Haushaltsgruppen, in besonderem Maße aber für die bisher immer etwas zu kurz gekommenen Alleinstehenden bessere Leistungen bringt. Dadurch werden viele von ihnen ein höheres Wohngeld als bisher erhalten können. Da der überwiegende Teil der Alleinstehenden aus Rentnern und Unterhalts-  
hilfeempfängern besteht, die im Verhältnis zum Einkommen erheblich mehr Miete bezahlen als andere Bevölkerungsgruppen, wird hier die soziale Zielsetzung des II. Wohngeldgesetzes besonders deutlich. So erhielt ein alleinstehender Rentner, der im Jahre 1965 eine Rente von 400,-- DM hatte und für eine Wohnung von 50 qm damals eine Miete von 90,-- DM bezahlte, ein Wohngeld von DM 11,--. Dieser Rentner würde nach den normalen Rentnenerhöhungen und den Durchschnittswienenerhöhungen im Jahre 1971 ein Einkommen von 615,-- DM haben und eine Miete von 125,-- DM bezahlen. Nach dem Wohngeldgesetz 1965 würde er kein Wohngeld mehr bekommen; nach dem II. Wohngeldgesetz erhält er 32,-- DM.

Auch die Zweipersonenhaushalte, die mit rund 17 vH. unverändert die zweitstärkste Gruppe der Mietbeihilfeempfänger darstellen, bestehen überwiegend aus Rentnern.

Bei den größeren Haushalten dürfte der Rentneranteil ebenfalls nicht unerheblich sein, denn die Statistik weist auf, daß 71 vH. aller Mietzuschußempfänger derzeit Rentner, Pensionäre und sonstige Nichterwerbstätige sind. Es folgen die Arbeiterfamilien mit 18 vH., die übrigen sozialen Gruppen (Angestellte, Beamte, Selbständige) mit zusammen nur rund 10 vH.

Wer dazu noch weiß, daß nahezu zweidrittel aller Mietzuschuß-  
empfänger in nicht steuerbegünstigten und freifinanzierten, sondern in Sozialwohnungen leben, wird wohl nicht mehr daran zweifeln, daß die staatliche Wohnungspolitik noch auf lange Zeit hinaus auf zwei Säulen ruhen muß: der direkten Förderung des sozialen Wohnungsbaues und der individuellen Förderung des sozial Schwächeren durch das Wohngeld. Nur so kann die angemessene Wohnung für jedermann tragbar sein.

(-/ex/ 3.2.1971 /ks)

### Anzeichen der Ungeduld

#### Zu einer DGB Broschüre über Mitbestimmung

Mit dem Eifer von Bibelforschern haben Publizisten die neue DGB-Schrift "Mitbestimmung - eine Forderung unserer Zeit" untersucht. Satz um Satz wurde die neue Broschüre auf ihre Argumente abgeklopft. Das Ergebnis reichte nur zu einem Artikel unter der Fragezeichen-Überschrift: "Ändert der DGB seine Haltung zur Mitbestimmung?"

In diesem fragwürdigen Artikel wird hervorgehoben, daß einige Formulierungen der neuen Schrift von einer früher erschienenen Ausgabe in auffallender Weise abwichen. Daraus könnte die Möglichkeit abgeleitet werden, daß sich im DGB zurzeit eine "Umbesinnung in der Mitbestimmungsfrage in Richtung einer radikaleren gesellschaftskritischen Haltung" vollziehe; möglicherweise werde die paritätische Mitbestimmung nicht mehr so energisch angestrebt wie bisher, das sie im Endergebnis nur die kapitalistische Wirtschaftsordnung festige.

Fantasie ist eine schätzenswerte Begabung, solange man sie im Zaume hält. Aber sie geht mit dem Publizisten durch, wenn er sich einbildet, beim DGB säßen lauter Machiavellis, Metternichs und Bismarcks, die nicht nur über die Geriebenheit ihrer erlauchten Namensvettern, sondern auch über einen sagenhaften Werbeetat verfügen könnten. Dieser Etat erlaubt ihnen offenbar den genialen Trick, in einer Großaktion, deren Bestandteil auch die neue Broschüre war, die paritätische Mitbestimmung zu propagieren, obwohl man sie ernsthaft gar nicht mehr will. Da sollen Hunderttausende aus dem einzigen Grunde verpulvert werden, um den Rückzug von der Mitbestimmung zu tadeln?

In Wirklichkeit hat sich nicht ein Jota an der DGB-Forderung nach paritätischer Mitbestimmung geändert. Eine Broschüre, die diese Forderung erläutert, ist allerdings kein Evangelium, sondern ein Diskussionsbeitrag. Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind viele solcher Diskussionsbeiträge des Deutschen Gewerkschaftsbundes erschienen. Sie haben einmal dieses, einmal jenes Argument in den Vordergrund gerückt; dies je nach Lage der Gesamtdiskussion, die sich ständig vertieft und erweitert hat. Viele mit der Mitbestimmung zusammenhängende Fragen werden heute schärfer gesehen als noch vor Jahren. So ändert sich im Laufe der Zeit die Begründung, aber nicht das Ziel.

Allerdings lassen die Formulierungen der neuen Broschüre Zeichen der Ungeduld erkennen. Der Zweifel an der Unterstützung politischer Kräfte, auf die man große Hoffnungen gesetzt hat, kommt darin zum Ausdruck. Wie berechtigt diese Zweifel des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind, wurde auf dem Düsseldorfer CDU-Parteitag evident. Dort hat eine Partei, die einmal mit dem Ahlener Programm so große Erwartungen weckte, die paritätische Mitbestimmung sang- und klanglos begraben. Da darf man sich nicht wundern, wenn in Zukunft die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung noch drängender vorgetragen wird als bisher.

Anton Müller-Engsfeld

(-/ex/3.2.1971/ks)

### Minireform bringt maximalen Ärger

Fakten zur Landesplanung der bayerischen CSU.

Von Dr. Helmut Rothemann MdL

Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD

Bayerns CSU-Innenminister Dr. Merk hat in seiner letzten Pressekonferenz die Öffentlichkeit aufgefordert, ihn bei seinen Vorschlägen zur Gebietsreform zu unterstützen. Er kann dabei allenfalls auf den Beifall der Unkundigen spekulieren, die - der vielen Reden über eine Gebietsreform überdrüssig - meinen, es müsse nun endlich etwas geschehen, auch wenn es falsch sei. Wie lange allerdings ein solcher Beifall Unkundiger anhält, bleibt abzuwarten. Auf diejenigen, die von der Sache etwas verstehen, und die eine wirklich umfassende Gebietsreform wollen, kann Dr. Merk ohnehin nicht zählen.

Diese Mini-Gebietsreform bringt allenfalls maximalen Ärger - und das zu Recht. Es ist nicht einzusehen, daß es einen entscheidenden Unterschied begründen, ob ein Landkreis 50.000 Einwohner oder 80.000 aufweist oder auch 100.000. Wer eines solchen "Erfolges" willen ganz Bayern umbüßeln will, hat das rechte Augenmaß verloren. Denn auch bei Landkreisen mit 80.000 oder 100.000 Einwohnern ist es nicht möglich, die Aufgaben der Regierung nach unten zu verlagern, und gerade das ist eine entscheidende Aufgabe der Gebietsreform.

In keinem Falle ist es möglich, die übrige Organisation der Staatsverwaltung - insbesondere Justiz- und Finanzverwaltung - diesen Gebietsgrößen anzupassen, geschweige denn, den Wirrwarr der verschiedensten Ämter auf der unteren Ebene durch die Wiederherstellung der "Einheit der Verwaltung" zu beseitigen. Von einer Vergleichbarkeit der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte mit denen im übrigen Bundesgebiet kann erst recht keine Rede sein. Wenn also die Merksche Reform verwirklicht würde, dann wird man sagen können, "außer Spesen nichts gewesen". Denn Tausende von Beamten und Angestellten werden umziehen müssen, hohe Kosten werden anfallen, neue Verwaltungsgebäude werden errichtet werden - und der Effekt dieser Minireform wird dennoch gleich Null sein. Die Leidtragenden sind nicht nur die öffentlichen Bediensteten, sondern insbesondere die Bevölkerung, die entsprechende Mehrwege auf sich nehmen muß, ohne daß sie begreifen kann, was das Ganze bedeutet.

Vor knapp einem Jahr hatte Dr. Merk noch eine Gebietsgröße von 50.000 Einwohnern für den Landkreis als richtig und ausreichend angesehen. Er hatte damals so getan, als sei dies die Lösung der Gebietsreform schlechthin. Ebenso unmotiviert wie die 50.000 Einwohner von gestern sind jedoch heute die geforderten 80.000 Einwohner für den Landkreis als Mindestgröße. Und was wird der CSU-Innenminister morgen sagen? Wird er dann Landkreise mit 200.000 Einwohnern und mehr vorschlagen? Soll sich also der Vorgang, den wir im Bereich des Volksschulwesens miterlebten, bei

der Gebietsreform wiederholen? Eine Gebietsreform auf Stottern also? Kann denn die CSU wirklich nichts aus ihrer Vergangenheit lernen? Dr. Merk behauptete, er habe die Lösung für die nächsten hundert Jahre. Aber auch die Lösung von gestern war nach Dr. Merk die richtige. Wer noch vor einem Jahr die heute auch von ihm als falsch bezeichneten Lösungen mit solchem Nachdruck verteidigte täte gut daran, zurückzutreten; denn bei ihm ist nicht auszusprechen, daß er morgen nach dem Motto "Öfter sei was Neues" wieder etwas anderes vorschlägt.

Dabei hätte es Dr. Merk leicht gehabt. Denn die SPD hat sehr frühzeitig Vorschläge unterbreitet, die als Ansatzpunkt für eine Reform dienen konnten. Die Region muß ohnehin aus landesplanerischen Gründen geschaffen werden. Sie kann deshalb ohne abrupten Bruch von der bisherigen Verwaltungsgliederung zur echten Gebietskörperschaft weiter entwickelt werden. Bei einer Größe von mindestens 200 bis 300.000 Einwohnern ist die Region auch den Gebietskörperschaften der anderen Bundesländer vergleichbar. Auf die Region können die Aufgaben der Regierung übertragen werden. Und die Verwaltungsregion bietet allein die Möglichkeit, die Verwaltung von heute ohne personelle Schwierigkeiten, ohne unbillige Härten und ohne große Umzüge von Bediensteten nahtlos in eine Verwaltungsgröße zu überführen, die noch in 50 Jahren Bestand haben kann. Da sie auch durch Außenstellen - ausgenannt vom Sitz bisheriger Landratsämter - verwaltet wird, kann all das, was im Interesse der Bevölkerung ortsnahe und bevölkerungsnah erledigt werden muß, draußen in den Außenstellen geklärt werden. Sonst kann alles konzentriert werden, was am Regionssitz wirtschaftlicher und sparsamer erledigt werden kann. Die Größe der Region bietet uns übrigens die Möglichkeit, eine Reihe von heute selbständigen Sonderbehörden einzugliedern und zu übrigen Behörden der unteren Stufe auf der Ebene der Region zu organisieren.

Dr. Merk hat zu all dem jedoch von vornherein nein gesagt, wobei sich der Eindruck aufdrängt, daß er schon deshalb nein sagte, weil die Vorschläge von der SPD kamen. Er hat den Maßstab, den die Opposition ihm bot, abgelehnt und besteht auf seinem Anzug von der Stange, der für die bayerischen Verhältnisse nicht paßt. Es ist deshalb ein Witz, wenn Dr. Merk die Opposition auffordert, aus seinen Vorschlägen kein "politisches Kapital zu schlagen". Die Opposition würde sich mitschuldig machen, wenn sie schweige. Sie erwirbt sich nämlich ein Verdienst um Bayern, wenn sie alles tut, um den Widerstand gegen diese "Gebietsreform" zu organisieren und die falschen Vorschläge des Innenministers zu Fall zu bringen. Denn was Dr. Merk will, ist eher dazu angetan, den Gedanken der Gebietsreform zu diskreditieren.

Die SPD wird an ihren grundsätzlichen Vorschlägen festhalten und sie in Kürze auch in einer umfassenderen Ausarbeitung der Öffentlichkeit unterbreiten. Sie macht damit deutlich, daß sie sich auch als Opposition bereithält, an einer Gebietsreform entscheidend mitzuarbeiten. Es liegt dann an der CSU, ob sie auf diese Vorschläge einzugehen bereit ist, um zu einer gemeinsamen Lösung der Gebietsreform zu kommen.

(-/ee/3.2.1971/ks)